

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Rieser, Genuß Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1539, Briefkasten Rieser Nr. 22.

Nr. 193.

Dienstag, 19. August 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 30 mm breiten, 3 mm hohen Druckzettel (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Satz 50%, Kuchschlag, feste Letzter, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: L. O. v. Tel. Harber, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Das Ergebnis der Londoner Konferenz.

Von unserem Berliner Vertreter.

In den Berliner politischen Kreisen ist man hinsichtlich der Beurteilung des Ergebnisses der Londoner Konferenz vorläufig noch sehr zurückhaltend. Die der Regierung nahestehenden Stellen erklären, es liege zwar kein Anlaß vor, nunmehr in allen Tönen Befriedigung zu äußern, aber man könne mit ruhigem Gewissen erklären, daß die Ergebnisse der Konferenz für Deutschland nicht unangenehm sind, und daß sie unbedingt annehmbar sind. In der militärischen Räumungsfrage ist der deutsche Standpunkt nicht ganz durchgedrungen, aber trotzdem sei ein unverkennbarer Erfolg, daß bereits ein wesentlicher Teil des Ruhrgebietes schon in kurzer Zeit von den französisch-belgischen Truppen geräumt wird, und es gelungen ist, die Garantie dafür zu erhalten, daß die Räumung bis spätestens zum 15. August nächsten Jahres beendet ist. Die deutsche Forderung sei also mindestens zu zwei Dritteln angenommen worden. Wenn Außenminister Dr. Stresemann erklärt hat, 66 Proz. der deutschen Forderungen seien erfüllt, so gebe er damit ein durchaus zutreffendes Bild. Im Allgemeinen ist es üblich, daß nur 50 Proz. des Geforderten bewilligt werden, und es könne daher im Vergleich zu den unglücklichen Konferenzen von Spaas und Cannes und Genoa, wo noch nicht 10 Proz. der deutschen Forderungen bewilligt wurden, festgestellt werden, daß der Erfolg der deutschen Delegation in London sehr beachtenswert ist. Als das Sachverständigen-Gutachten veröffentlicht wurde, war man im ersten Augenblick außerordentlich beunruhigt darüber, daß das Dames-Komitee es abgelehnt hatte, sich zu der Frage der militärischen Räumung zu äußern. Poincaré hatte seinerseits erklärt, Frankreich werde die Ruhr so lange besetzt halten, bis es vollständig besetzt sei, also nach dem Dames-Gutachten weit über 30 Jahre lang. Herriot hat jetzt das Zugeständnis machen müssen, daß spätestens in einem Jahr der letzte französische Soldat aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen sein muß. Wenn nunmehr die parlamentarische Opposition behaupten sollte, daß die deutsche Delegation in London nichts erreicht habe, oder daß man deutscherseits zu nachgiebig gewesen wäre, so dürften diese Tatsachen doch eine andere Sprache reden.

Es soll und darf nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß der Sachverständigenplan Deutschland außerordentlich schwere Verpflichtungen auferlegt, Verpflichtungen, die die Reichsregierung bereits gefürchtet hat, bevor noch an das Zustandekommen der Londoner Konferenz zu denken war. Die Regierung Marx-Stresemann hatte von Anfang an erklärt, daß sie bereit sei, auf der Basis des Sachverständigen-Gutachtens zu verhandeln und die Verpflichtungen zu übernehmen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Unter den vielfach angeführten deutschen Forderungen war u. a. angeführt: Die militärische und wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes, die Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands und im besetzten Gebiet, die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Ausgewiesenen. Diese Voraussetzungen sind in London tatsächlich erfüllt worden. In allen diesen Fragen ist es der deutschen Delegation restlos gelungen, den deutschen Standpunkt durchzusetzen, mit Ausnahme der militärischen Räumungsfrist, die aber durch die Abmachungen, die am vergangenen Sonnabend zwischen Reichskanzler Marx und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot getroffen wurden, wesentlich zugunsten des deutschen Standpunktes formuliert wurde. Es gibt allerdings in Deutschland eine Opposition, die nunmehr behaupten wird, die Reichsregierung habe in London nur ein ungenügendes Ergebnis erzielt. Mit dieser Kritik wird sich die Regierung abfinden müssen, zumal sie tatsächlich den Fehler begangen hat, mit dem Abbruch der Konferenz zu drohen und sich hinterher trotzdem gezwungen sah, in die einjährige Räumungsfrist einzustimmen. Jeder vernünftige Politiker wird aber zugeben müssen, daß dieser Fehler nicht schwerwiegend ist. Die deutsche Delegation mußte drohen, um die Möglichkeit zu haben, noch bessere Bedingungen in der Frage der Räumungsfrist zu erzielen. Eine andere Möglichkeit, einen Druck auf Herriot auszuüben, bestand nicht. Da indessen kaum irgendwelche Aussicht vorhanden war, mehr als die Verbesserung der Räumungsfrist zu erreichen, so war es schon besser, daß sie die Verhandlungen zum Abschluß führte, denn tatsächlich hat die deutsche Wirtschaft nicht noch länger die Kraft, den unerträglichen Zustand der Kreditnot und der Mitempfehlung auf sich zu nehmen.

Dieselbe Opposition, die jetzt erklärt, daß das Ergebnis der Londoner Konferenz nicht befriedigend sei, glaubte noch vor wenigen Wochen ankindigen zu können, daß aus der Konferenz in London überhaupt nichts herauskäme. Nun, da man belächeln genug war, von der Londoner Konferenz gar nichts zu erwarten, hätte man doch jetzt Veranlassung, hochzufrieden zu sein. Dies ist aber keineswegs der Fall. Die Opposition wird im Parlament der Regierung vorhalten, sie habe nicht genügend erreicht und sie habe deutsche Interessen preisgegeben. Darauf wird die Regierung vorerwidern, sie wird erklären können, daß die Abmachungen der Konferenz so ziemlich das weitgehendste enthalten, was Deutschland erreichen konnte. Eine andere Regierung als das Kabinett Marx-Stresemann hätte jedenfalls auch nicht mehr aus der Konferenz herauszuholen können, und darum wäre es angebracht, den innenpolitischen Streit zurückzusetzen und der Regierung den Erfolg zu gönnen, den sie im Interesse des deutschen Volkes und insbesondere im Interesse der Bevölkerung an Rhein und Ruhr errungen hat.

Kabinettsberatungen in Berlin.

Unmittelbar nach Ankunft der deutschen Delegation aus London legt nun die Beratung des Reichskabinetts ein, um nunmehr die parlamentarischen Entscheidungen über das Sachverständigen-Gutachten vorzubereiten. In den Regierungskreisen arbeitet man fieberhaft an einer schleunigen Klärung der parlamentarischen Situation, die augenblicklich schwieriger denn je ist. Die Reichsregierung muß jetzt dafür sorgen, daß deutscherseits so schnell wie möglich die Verhandlungen für das Inkrafttreten des Sachverständigen-Gutachtens geschaffen werden, damit die wirtschaftliche Räumung sofort durchgeführt werden kann. Es ist gar nicht mehr daran zu denken, daß Reichspräsident Ebert die Auflösung des Reichstages vorschlägt, wenn die Ausführungsgesetze nicht die erforderliche Mehrheit im Reichstag erhalten. Es ist anzunehmen, daß die Ministerpräsidenten der Länder, die heute, Dienstag, zu einer Konferenz mit der Reichsregierung in Berlin eintreffen, mit großer Mehrheit die Politik der Reichsregierung aufheben. Berlin. (Funktspruch.) An der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, die um 3 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten begann, nahmen sämtliche in Berlin anwesenden Minister teil. Die aus London zurückgekehrten Minister gaben einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Konferenz. Das Kabinett billigte einmütig die Haltung seiner Vertreter und wird, wie es in Vorberathungen heißt, den Reichstag nicht im Zweifel darüber lassen, daß es den beschrittenen Weg unter allen Umständen weiter verfolgen wird und daß, falls die erforderliche Mehrheit für die Gesetze zur Durchführung des Dames-Berichtes nicht erreicht werden sollte, alsbald die Auflösung des Reichstages ausgesprochen werden dürfte. Auch in den Reichspräsidenten mit den Parteiführern wurde von den deutschen Delegierten über den Verlauf der Londoner Verhandlungen Bericht erstattet. Das gegenseitige Vertrauen, das sich während der Londoner Verhandlungen zwischen Herriot und dem Reichskanzler angebahnt habe, werde dadurch praktisch zur Auswirkung kommen, daß künftighin bei etwaigen Schwierigkeiten im besetzten Gebiet der Reichskanzler private Briefe an Herriot richten werde, um Abheilung der Unklarheiten herbeizuführen. Herriot habe sich mit diesem Verfahren bereitwillig einverstanden erklärt. — Bei der Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern waren anwesend: Deutschnationale Volkspartei: Erzelens Herat, Professor Böhm; Deutsche Volkspartei: Erzelens Becker, Dr. Curtius; Bayerische Volkspartei: Leicht; Wirtschaftliche Partei: Professor Brödt; Deutschdemokratische Partei: Erzelens, Reimath; Zentrum: Dr. Spahn, Becker, Vrsberg; SPD: Weis, Löbe, Dittmann, Sillerding.

Die Ausschüsse des Reichstags

beschäftigten sich heute mit einer Vorlage betreffend Abänderung des Reichswahlgesetzes. Diese Vorlage hat bereits vor den letzten Reichstagswahlen in den politischen Erörterungen eine Rolle gespielt. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Neuwahlen erklärten aber die Parteien, daß „aus technischen Gründen“ die Vorlage vom Reichstag nicht mehr erledigt werden könnte.

Reichstagszusammentritt voraussichtlich am Freitag.

Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Parteiführern, die den ganzen Nachmittag über andauerten, wurden auch in den späten Abendstunden noch fortgesetzt. Von Seiten der Regierung nahmen sämtliche an der Delegation beteiligten Minister an diesen Besprechungen teil. In den Kreisen der Regierung rechnet man damit, daß der Reichstag, wenn die Frist für die rechtzeitige Zustellung der Gesetzentwürfe vom Reichsrat eingehalten werden kann, am Freitag zusammentreten kann, um die Erklärung der Regierung entgegenzunehmen. Die Aussprache dürfte sich dann bis Mitte nächster Woche hinziehen, sobald eine Entscheidung im Laufe der nächsten Woche zu erwarten ist.

Die Koalitionsparteien fest hinter der Regierung.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, werden sich die Fraktionen der Regierungsparteien am Mittwoch im Reichstag versammeln, um zu dem Ergebnis der Londoner Konferenz Stellung zu nehmen. Es ist schon jetzt mit Sicherheit vorauszuweisen, daß die Regierungsparteien sich restlos geschlossen hinter das Kabinett Marx-Stresemann stellen werden, nachdem bei der Parteiführer-Besprechung bereits zum Ausdruck gebracht worden war, daß die Reichsregierung in London den deutschen Standpunkt mit Erfolg durchgesetzt hat.

Starke Bedenken bei den Deutschnationalen.

In den Kreisen der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt man, daß das Ergebnis der Londoner Konferenz nicht befriedigend sei. Die Zustimmung zu der einjährigen Räumungsfrist erweckte die allerheftigsten Bedenken, und es sei nach wie vor absolut keine Ursache vorhanden, die teilweisen Erleichterungen als eine wirklich tragbare Lösung der militärischen Räumungsfrage anzusehen. Noch bedenklicher aber sei die Tatsache, daß die deutsche Delegation in London nicht die Möglichkeit wahrgenommen hat, in der Frage der Kriegsschuld eine Erklärung abzugeben. Die deutschnationale Reichstagsfraktion werde bei ihrer Stellungnahme zu den Ergebnissen der Londoner Konferenz die Frage zu prüfen haben, ob die sieben Punkte, die von der deutschnationalen Seite als Vorbedingung zur Annahme des Sachverständigen-Gutachtens aufgestellt waren, erfüllt worden sind oder nicht. Eine Zustimmung der Deutschnationalen zu den Ausführungsgesetzen erweise nach Lage der Dinge eine unabweisliche.

Politische Tagesübersicht.

Bei einer Mauterei erstickt.

Als am Sonntag abend mehrere Radfahrer, die von der Verfassungssieger der Münchener Sozialdemokraten auf dem Landenberg kamen, durch Solzkirchen fuhren, wurden sie von Wästen einer Wirtshaus gehänselt. Es entstand eine Mauterei, in deren Verlauf ein Bauer von einem Radfahrer erstickt wurde. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Mattottis Leiche festgesetzt.

In Gegenwart der Gerichtsbehörde, der Abgeordneten Turati, Tonello, Beccani und Gonzales, verschiedener Sachverständiger, darunter des Zahnarztes, der Mattottis Leiche behandelt hatte, sowie der Angehörigen Mattottis, wurden die autopsischen Herfinden überreichte endgültig als die Mattottis festgestellt.

Die freien Gewerkschaften bestehen auf der Durchführung des Washingtoner Abkommens.

Wie aus Kreisen der Freien Gewerkschaften mitgeteilt wird, ist nicht anzunehmen, daß die Gewerkschaften schon dann auf die Einleitung eines Volkstages über den Achtundzestaus verzichten, wenn der Reichsarbeitsminister im Reichstag über die von ihm einseitigen Vorbereitungen zur Interpretation des Washingtoner Abkommens berichtet, ohne daß über die eigentliche Ratifizierung durch Deutschland bestimmte Erklärungen abgegeben werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Bereitschaft der Freien Gewerkschaften zur Herbeiführung eines Volkstages so lange anhält, bis die endgültige Entscheidung der Reichsregierung zur Ratifizierung des Abkommens bekannt wird.

Eine neue Räumungskonferenz.

Der Remonter Korrespondent des Daily Telegraph meldet, daß nach Washington Telegrammen wahrscheinlich im Frühjahr nächsten Jahres eine zweite Konferenz der Weltmächte zur Begrenzung der Rüstungen stattfinden werde. Es verlautet, daß Quabes den Gedanken einer neuen Konferenz bei seinem Besuch in Europa mit führenden europäischen Persönlichkeiten erörtert und von allen Seiten ermutigende Erklärungen erhalten habe. Auch Präsident Coolidge habe die gleiche Absicht. Es werde erklärt, daß Coolidge über die Ansichten der einzelnen interessierten Länder Erfindungen eingeschrieben habe, der er in einer Rede, mit der er die republikanische Präsidentschaftskandidatur annahm, den Gedanken einer neuen Konferenz aufgeworfen habe. Ferner wird mitgeteilt, daß die Einladung an die Mächte zu der Zeit erfolgen werde, wo die im Sachverständigenbericht vorgesehene 800 Millionen-Markleihe aufgelegt werden soll und daß die Streichung der interalliierten Schulden auf der Tagesordnung der Konferenz stehen werde.

Auflösung der Micaam am 1. Oktober?

In Kreisen französischer Ingenieure und Chemiker verlautet, daß bei planmäßiger Entwicklung der Dinge die Micaam in ihrer jetzigen Form zum 1. Oktober aufgelöst wird. Bis zur Zeit bestehenden Hauptabteilungen wurden, wenn sich dieses Gerücht bestätigt, bis zur endgültigen Auflösung nach erheblichem Personalabbau noch verändert, etwa als Liquidationsauschüsse weiter bestehen.

Ausweisung von Kommunisten.

Die schweizerische Regierung hat den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Thomas und den französischen Kommunisten Gilbert, welche sie in der vergangenen Woche wegen verbotener kommunistischer Propaganda verhaftete, ausgewiesen und nach der deutschen beziehungsweise französischen Grenze transportieren lassen.

Nach immer französische Kriegsverurteilungen.

Vom französischen Kriegsgericht der dritten Division wurden verurteilt: Der Bergmann Josef Falk wegen verurteilter schwerer Diebstahls zu 5 Jahren Zwangsarbeit und 5 Jahren Aufenthaltsoverbot, der Bergmann Hermann Biegler wegen einfachen Diebstahls zu 5 Jahren Zwangsarbeit, der Bankbeamte Hans Schmid wegen Diebstahl und Benutzung eines Radioapparates zu 3 Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe und der Bankbeamte Albert Lange wegen Gefährdung der Sicherheit der Truppen und Besitz eines gefährlichen Ausweises zu 10 Jahren Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe, ein französischer Soldat wurde wegen Verlustes seiner Waffe zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Vor einem Aufruf der Regierung.

Von unterrichteten Stellen wird uns mitgeteilt, daß die Reichsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen eine Rundgebung zu erlassen, in der sie auf die Bedeutung des Ergebnisses der Londoner Konferenz hinweist. Diese Rundgebung ist namentlich für die Bevölkerung der besetzten Gebiete bestimmt.

Keine allgemeine Aufwertung.

Nach dem Verlauf der Montag-Sitzung des Aufwertungsausschusses des Reichstags ist nicht mehr damit zu rechnen, daß es zu einer allgemeinen Aufwertung im Sinne der Forderungen der Hypothekengläubiger und Sparerverbände kommen dürfte. Nicht nur die Vertreter des Finanzministeriums hielten in dieser Sitzung an ihrem ablehnenden Standpunkt fest, sondern auch der Vertreter des Reichsernährungsministeriums betonte mit größtem Nachdruck, daß eine generelle Aufwertung vor allem mit Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft unmöglich sei, weil sie die Beschaffung des für die Landwirte dringend notwendigen Realcredits vereiteln würde. In der anschließenden Aussprache zeigte sich, daß auch die Vertreter aufwertungsfreundlicher Parteien nur noch an eine individuelle Aufwertung unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse denken.